

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 21. Februar 2022; Bericht

Am 21. Februar 2022 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Europäische Sicherheitslage, Klimadiplomatie, Bosnien und Herzegowina, sowie die Gemeinsame Tagung auf Rats- und Minister*innenebene zwischen der EU und dem Golf-Kooperationsrat.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell, die Themen Mali, sowie Iran/JCPOA angesprochen.

In der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Europäische Sicherheitslage habe ich die Politik der Deeskalation der Ukraine hervorgehoben und betont, dass die EU im Fall von russischen Angriffen geeint reagieren müsse. Des Weiteren habe ich angeregt, Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation zu intensivieren und Möglichkeiten einer verstärkten EU-Unterstützung für die Ukraine auszuloten. Überdies habe ich über die aufgestockte Präsenz an der österreichischen Botschaft in Kyjiw informiert und auf die Bedeutung der OSZE Special Monitoring Mission in der Ukraine verwiesen.

Beim Tagesordnungspunkt Klimadiplomatie betonte der Kommissar für Klimaschutz, Frans Timmermans, den Fokus auf die Umsetzung der Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Glasgow 2021 (COP26), insbesondere betreffend Emissionsreduktion, Begrenzung der negativen Auswirkungen des Klimawandels sowie Klimawandelanpassung samt Finanzierung. Auf dem Weg zur UN-Klimakonferenz 2022 (COP27) in Sharm El-Sheikh stünden Outreach für höhere Klimaschutzambitionen, konstruktiver Umgang mit China, Indien und Afrika sowie Solidarität mit den Entwicklungsländern im Vordergrund. Die EU-

Mitgliedstaaten befürworteten die genannten Schwerpunkte und begrüßten die Ratschlussfolgerungen zu Klimadiplomatie.

Beim Tagesordnungspunkt Bosnien und Herzegowina habe ich auf die Gefährlichkeit der politischen Krise in dem Land für die gesamte Region hingewiesen. Der Fokus müsse vorerst nicht auf unmittelbaren Sanktionen, sondern auf einem verstärkten politischen Engagement auf hoher Ebene liegen; z.B. seien eine Reise von HV/VP oder eine gemeinsame mandatierte Reise mehrerer EU-Minister*innen nach Bosnien und Herzegowina zu erwägen. Der Hohe Repräsentant, Christian Schmidt, sowie EU-Sonderbeauftragter Johann Sattler müssen unterstützt werden. Die internationale Präsenz im Land, insbesondere EUFOR Althea, sollte visibler sein. Ein allfälliges Scheitern der Bemühungen um eine Wahlrechtsreform könne einen Boykott der nächsten Wahlen im Oktober auf keinen Fall rechtfertigen.

Bei der gemeinsamen Tagung auf Rats- und Minister*innenebene zwischen der EU und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) habe ich gemeinsam mit Zypern die Bedeutung der Zusammenarbeit im Hinblick auf die desaströse wirtschaftliche Lage im Libanon betont. Die Vulnerabilität des Libanon gegenüber regionalen Krisen sowie die Rolle der Hisbollah als Stellvertreter des Iran müssten mitberücksichtigt werden. Der Libanon müsse die notwendigen Reformen endlich umsetzen und zu einer Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds kommen.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Umsetzung des Konzepts der koordinierten maritimen Präsenzen im nordwestlichen Indischen Ozean sowie zur Klimadiplomatie der EU an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

24. Juni 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister